

16. JAN 1961



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0896890

P/ZVI/13 - 16. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	<u>Prag und die Bundesrepublik</u> Auseinandersetzung um Deutsche Staatsbürgerschaft Von Wenzel Jaksch, MdB	105
4 - 5	<u>Rund um den Dieckmann-Skandal</u> Horn: "Ich mache weiter!" DDR-Strategie einer "Beweisführung" - Bundesrepublik "Ein Hort von Antikenokraten" Von Horst-Werner Hartelt	77
6 - 6a	<u>Zusammenbruch des Lysistrata-Bojkotts</u> Ist es wirklich bessere Einsicht? Von Jürgen F. Warner	46
6a	<u>Einsamer Welfe Hellwege</u> Das Ende der Deutschen Partei?	22
7	<u>"Gesetzlich gebilligte Sklaverei" in Südafrika</u> Feststellung einer Internationalen Juristen-Kommission Von Bruno Kuster, Genf	51

\* \* \* \*

Prag und die Bundesrepublik

Von Wenzel Jaksch, MdB

Während in Bonn neue Erwägungen über die künftige Gestaltung der Beziehungen zu den europäischen Ostblockstaaten im Gange sind, scheint nun die tschechische Aussenpolitik - soweit man noch von ihrem Vorhandensein sprechen kann - endgültig einen grundsätzlich antideutschen Kurs einschlagen zu wollen. Mit geradezu monotoner Regelmäßigkeit rollt von dort aus eine Propagandawelle gegen alle politischen Kräfte der Bundesrepublik an, die sich allerdings in der Weltöffentlichkeit einer weitgehenden Nichtbeachtung erfreut. Die gleichgeschalteten Presse- und Rundfunkorgane des Prager Regimes richten ihre Angriffe abwechselnd gegen Politiker der Regierungsmehrheit und der Opposition in Bonn, gegen die Vertriebenenverbände im allgemeinen und gegen die Sudetendeutschen im besonderen. Die neueste Leistung auf diesem Gebiete ist eine Protestnote des tschechoslowakischen Aussenministeriums an die Regierung der deutschen Bundesrepublik, welche sich gegen das Verfahren bei der Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft an Deutsche aus der Tschechoslowakei wendet.

Kleinbürgerlicher Chauvinismus

Man hätte von Prag aus dieses Thema lieber nicht anschnitten sollen. Mit dieser täglichen Exhibition eines kleinbürgerlichen Chauvinismus demonstriert die alleinherrschende Partei der tschechischen Kommunisten nur die Verleugnung ihrer eigenen Vergangenheit. Der Begründer dieser Partei, Bohumir Schmaeral, wusste noch um die Bedeutung der deutschen Demokratie für das tschechische Volk. Zuerst unter seiner Führung und später unter seinem Nachfolger Gottwald hat die Partei der tschechoslowakischen Kommunisten das tschechische Nationalstaatsprinzip bekämpft und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gehuldigt. Ein 1959 in Amerika erschienenes Buch (Josef Korbela: The Communist Subversion of Czechoslovakia) erinnert den heute noch amtierenden Minister Kopecky daran, daß er im Prager Parlament am 26. November 1930 erklärte: "Unser Programm ist der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Konsequenz der Losreissung. Wir kämpfen gegen den Versailler Vertrag... gegen die Friedensverträge (von St. Germain und Trianon), auf welchen die imperialistische Vorherrschaft der tschechoslowakischen Bourgeoisie und die Beherrschung der unterdrückten Nationen der Tschechoslowakei begründet ist."

Noch am 27. März 1931, als Hitlers revisionistische Trompetenstöße bereits über die Grenze erschallten, verkündete der gleiche Herr Kopecky nach der angeführten Quelle, "seine Partei würde für das Recht der Selbstbestimmung und der Losrennung der unterdrückten Teile der deutschen Nation im Interesse der proletarischen Revolution kämpfen, ja sogar" ... für das Recht der Vereinigung aller Teile der deutschen Nation in eine Einheit." Man muss hinzufügen, dass selbst nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland der kommunistische Revisionismus zum Tagesbild der tschechischen Politik gehörte und daß die demokratischen Parteien der Sudetendeutschen wiederholt auf kommunistischen Parteitag dafür angegriffen wurden, dass sie eine Gleichberechtigung der Völker in der Tschechoslowakei dem Anschluss an das Dritte Reich vorzögen. Noch während des zweiten Weltkrieges hat der kommunistische Abgeordnete Bruno Köhler über den Moskauer Sender die Lesung "Freie Sudeten in einem freien Europa" verkündet. Erst als die Annäherung zwischen Bönesch und Stalin den Kommunisten die Aussicht eröffnete, die ganze Tschechoslowakei in die Hand zu bekommen, wurden sie tschechoslowakische Patrioten.

#### Urheber der Austreibung

Dieselben kommunistischen Führer in Prag, welche heute den Deutschen der Bundesrepublik Demokratie, Friedfertigkeit und Verständnis für die Nachbarn predigen wollen, haben sich noch vor wenigen Jahren gerühmt, dass sie die Urheber des ungeheuerlichen Planes waren, im Namen eines Volkes von sieben Millionen Menschen 3,5 Millionen Sudetendeutsche auszutreiben. Es war der Triumph eines neuen Rassismus, als damals auch von tschechischen Kommunisten erklärt wurde, daß sie mit Deutschen nicht mehr länger zusammenleben wollen. Trotzdem wurden mehr als 200 000 Deutsche - darunter meist Facharbeiter und ihre Familien - in der slawisierten Republik zurückgehalten, weil man ihre produktiven Fähigkeiten nicht entbehren konnte. Die im Vorjahr beschlossene neue Verfassung der Tschechoslowakei hat nunmehr die totale nationale Entrechtung dieser deutschen Bevölkerung vollzogen. Sie verweigert der deutschen Minderheit Schulen in ihrer Muttersprache, sowohl den Ungarn und sogar einer kleineren ukrainischen Minderheit in der Slowakei ihr kulturelles Eigenleben zumindest auf dem Papier gesichert wird. Immerhin hat es selbst aus den Reihen kommunistischer Parteiorganisationen mit deutscher Mitgliedschaft Protestresolutionen gegen diese allen Menschenrechten hohnsprechenden Bestimmungen gegeben; doch sie blieben ohne Erfolg.

### Durchsichtiges Propagandamanöver

Die Wahrheit ist, dass in der heutigen Tschechoslowakei nicht nur kommunistische Totalität, sondern auch nationale Unterdrückung herrscht. Viele Deutsche Arbeiter haben daher den verständlichen Wunsch, die Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik zu erhalten. Nach der internationalen Rechtslage steht es der Bundesrepublik frei, diesen Menschen, welche durch das Potsdamer Abkommen vogelfrei erklärt wurden, die Staatsbürgerschaft zuzuerkennen. Es ist geradezu eine Verfolgungsmanie, wenn von Prager Seite nunmehr die Zumutung ausgesprochen wird, Bonn möge sich bei der Erteilung dieser Staatsbürgerschaften nach den Wünschen der Austreiber richten. Wenn die tschechische Beschwerde dahingeht, dass als Stich-tage teils das Münchener Abkommen, teils die Errichtung des Protektorates angenommen werden, so ist dies ein durchsichtiges Propagandamanöver. Nach der sogenannten Kontinuitätstheorie, welche eine ununterbrochene völkerrechtliche Existenz der Tschechoslowakei seit 1928 annimmt, hätten weder die Sudetendeutschen aus Böhmen und Mähren noch ein Teil der Angehörigen der ungarischen Minderheit aus der Slowakei ausgetrieben werden dürfen. Nach diesem Prager Rechtsstandpunkt haben die Angehörigen dieser Volksgruppen ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nie verloren und die ganze Austreibung war daher völkerrechtswidrig.

### Die Verpflichtung Bonn

Die Protestnote des tschechoslowakischen Außenministeriums wurde, wie im gleichen Zusammenhang gemeldet wird, durch die Vermittlung der diplomatischen Missionen in Prag den Regierungen der USA, Frankreich und Großbritanniens mit dem Hinweis auf ihre Verantwortung für die Entwicklung in Westdeutschland übersandt. Dadurch wird der Bundesrepublik die Möglichkeit gegeben, in ihrer Stellungnahme auch einmal den Regierungen der westlichen Verbündeten darzulegen, in welchem entsetzensvollem Ausmaße nach dem Potsdamer Abkommen auch in der Tschechoslowakei die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden. Vielleicht kann bei dieser Gelegenheit die Welt einmal etwas von den ungesühnten Edices in Saaz und Postelberg, in Aussig Komotau und in anderen Orten erfahren. In der Bundesrepublik werden Massenmörder vor die Gerichte gestellt, aber in der volksdemokratischen Tschechoslowakei dürfen sie noch unbehelligt herumlaufen. Diese Prager Note ist eine Provokation und sie verdient eine deutliche Antwort.

Rund um den Dieckmann-Skandal

Horn: "Ich mache weiter!"

DDR-Strategie einer "Beweisführung"  
Bundesrepublik "ein Hort von Antidemokraten"

Von Horst-Werner Hartelt

Auf einem Stück Papier hatte die flüchtige Hand eines Biligen die Worte geschrieben, "da das Geschrei in der Nacht wieder losging, mussten wir leider abreisen! Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer". - In aller Frühe des Sonnabends war Dieckmann mit seiner Begleitung in zwei Ostberliner Regierungswagen abgefahren. Unbemerkt verliess die Ulbricht-Gruppe das Marburger Hotel. - Ursprünglich war dies anders geplant gewesen. Sonnabend sollte noch eine grosse Pressekonferenz steigen, zu der alle Ostblock-Journalisten eingeladen worden waren, die in der Bundesrepublik arbeiten. Und nicht nur die - auch die anderen. Johannes Dieckmann wollte vor einem möglichst grossen Forum auftreten. Klaus Horn, der Chemiestudent und Vorsitzende der Liberalen Studentengruppe in Marburg, hatte schon am Freitag, vor der Tumultversammlung, seinen Freunden und Ordnern eingeschärft: "Wenn Journalisten kommen, die haben Vorrang, alle passieren lassen..."

Ostblock-Journalisten

Die Zuhörer, "die geladenen Freunde, die es ernstmeinen mit der Wiedervereinigung", wie man feierlich-albern verkündete, waren nicht so wichtig. Dieckmanns Referent ging schon vor der Zusammenkunft im Kurhaus Marbach von Reihe zu Reihe und erkundigte sich, wer Pressevertreter sei. Dass die Korrespondenten der grossen sowjetischen Zeitungen "Trud" und "Iswestija" sowie die Vertreter der Warschauer Blätter noch rechtzeitig eingetroffen waren, stimmte ihn trotz der zur Zerreißen gespannte Atmosphäre halbwegs froh.

Dies scheint die eigentliche Ansicht gewesen zu sein, nämlich der Kampagne gegen die Bundesrepublik im Zuge der von Ulbricht und dem Interzonenabkommen diktierten "weichen Kelle" spektakuläre Beweise sozusagen als Schaukronen aufzusetzen. Alles nach dem scheinheiligen Motto - wir, die Pankower, die allein für Wiedervereinigung und Frieden kämpfen, gehen in Westdeutschland den Weg aller Märtyrer

"Show" für ostzonalen Fernsehen

Wer Sonnabend im sowjetzonalen Fernsehen die ersten Filme von der Marburger Demonstration sah, der wird zugeben müssen, dass den Pankowern der erste Streich vollauf gelungen ist. Ulbricht kann zu-

frieden sein, und der Fernsehkommentator, der zwar noch immer übertrieb, hatte zumindest Filme und Bilder vor sich, die nicht gestellt oder gefälscht waren - eine sonst gut geübte Praxis.

Diese Dokumente aus dem nächtlichen, tobenden und brüllenden Marbach werden in Mitteldeutschland auch bei denen nicht ohne Eindruck bleiben, die bisher mit aller Reserve Behauptungen gegenüberstanden, die Bundesrepublik sei "ein Hort von Antidemokraten". Plötzlich sehen sie, wie Westdeutsche zu Hunderten gegen ihre eigene Polizei vorgehen, wie sie Fensterscheiben mit Steinen einwerfen, wie sie rufen "Hängt ihn auf!", wie sie sich zum Sturm auf das Kurhaus versammeln und wie sie den Polizeikonvoi mit Dieckmanns Wagen mit Dreck, Büroklammern und Glasscherben bewerfen.

Dies wollte Pankow - und nichts anderes, und dies werden die Ostberliner Machthaber nach Kräften zu wiederholen versuchen! Der Veranstalter, Klaus Horn, hätte dies voraussehen müssen, hätte auf Grund der vielen Nachrichten aus seiner Umgebung am Donnerstag schon absehen können, wie alles enden würde. - Vielleicht hat er sogar dies alles kalkuliert, bewusst kalkuliert, wer weiss das schon? Fünfmal soll er bereits im Laufe der Zeit in Ostberlin bei Dieckmann und anderen Prominenten des Pankower Regimes vorgesprochen haben. Und als Professoren jetzt auf ihn einredeten, wies er sie freundlich doch bestimmt ab: "Was wissen Sie davon, was alles so vorgeht?"...

#### Drohung mit Tonbandaufnahmen ?

Horn spielte damit offensichtlich auf Dinge an, die nur ihm oder nur wenigen bekannt sind, und er hat bereits zu verstehen gegeben, er könne noch "auspacken". Was? Das ist die Frage. Aus Horns Freundeskreis kam Freitagnacht schon das unbestätigte Gerücht, es gäbe "so schrecklich viel Tonbänder über längst vergessene FDP-Kontakte und Gespräche mit Dieckmann".

Klaus Horn sagte aber in seiner Eröffnungsrede, er wolle nicht das Regime Pankows preisen, doch man müsse endlich nach neuen Wegen suchen und solle deswegen nicht gleich hysterisch werden. Dass er selbst einen alten, ausgetrampelten Weg beschreitet, der zudem in der Sackgasse endet, wäre belanglos, wenn sich daran nicht zugleich eine Propaganda-Kampagne gegen die Bundesrepublik anschliessen würde. Dieckmann, der neben zahllosen Plattheiten und zynischen Randbemerkungen vor allem durch seine Farolsigkeit auffiel, spielte dennoch sein Spiel in Marburg. Er lud alle westdeutschen Politiker ein, "die Lust haben, zu kommen".

Johannes Dieckmann hat seinen Befehl ausgeführt. Wann und wo wird er zum zweiten Mal im Westen auftauchen? Und wer kommt noch? Der Horns sind wenige, aber die wenigen genügen Pankow. Horn sagt selbst: "Ich mache weiter".

\* \* \*

Zum Zusammenbruch des Lysistrata-Boykotts

Ist es wirklich bessere Einsicht?

Von Jürgen F. Warner

Der Entschluss der Rundfunkintendanten im Süden und Westen der Bundesrepublik, nun doch noch in letzter Stunde Kortners Fernsehinszenierung der Lysistrata am 17. Januar auch für ihre Sender zu übernehmen, kommt reichlich überraschend. Für den NDR-Intendanten Walter Hilpert und seine Aufsichtsgremien, die mit bemerkenswertem Mut allen Verdächtigungen und Anfeindungen zum Trotz für die Sendung eintraten, ist dies Nachgeben der Lysistrata-Gegner eine erfreuliche Genugtuung. Auch das deutsche Fernseh-Publikum ausserhalb Hessens, Bremens, Berlins und des NDR-Gebietes, wo die Sendung schon eingeplant war, wird sich jetzt am Spätabend des 17. Januar vor dem Bildschirm sein eigenes Urteil über den umstrittenen Fernsehfilm bilden können. Nur die Zuschauer in Bayern werden auf die Kinopufführung warten müssen.

Nun könnte man sich angesichts dieses Zusammenbruchs des Lysistrata-Boykotts an das Bibelwort erinnern, dass über einen reuigen Sünder mehr Freude ist, als über hundert Gerechte, und damit die Angelegenheit auf sich beruhigen lassen. Aber ein ungutes Gefühl bleibt bei diesen plötzlichen Sinneswandel der Intendanten und Fernsehdirektoren in Köln, Stuttgart, Baden-Baden und Saarbrücken zurück.

Wochenlang haben diese Fernsehgewaltigen, unter Führung des bayerischen Fernsehdirektors Dr. Münster, mit gleicher Heftigkeit, wenn auch mit unterschiedlichen und oft widersprüchlichen Gründen, die Kortner-Inszenierung bekämpft. Dr. Münster erfand sogar den Proporz des deutschen Kriegsfreundes und lehnte, um des Seelenfriedens dieses Phantasiegebildes willen, mit dem er alle Bürger der Bundesrepublik beleidigte, die Fernsehendung ab. Die verschiedenen politischen, moralischen und künstlerischen Begründungen, die seine Gefolgsleute in den anderen Funkhäusern ihrer Weigerung, die Sendung zu bringen, gaben, waren nicht überzeugender. Immerhin, Intendanten und Fernsehdirektoren sind nach dem Gesetz für jedes Programm verantwortlich, das über ihre Sender geht. Man muss ihnen daher zubilligen, dass sie Lysistrata nach reiflicher Überlegung und ihrem Gewissen folgend ablehnten, auch wenn ihre Begründun-

gen nicht verständlich waren.

Wenn aber die ursprüngliche Ablehnung des Kortnerschen Stückes wirklich nach gewissenhafter Prüfung erfolgte, wie wollen dann die vier Intendanten und ihre Fernsehdirektoren eigentlich ihren plötzlichen Sinneswandel begründen? Kortner hat seit der Ablehnung nichts an seinem Stück geändert! Aber seit der Boykottklärung Dr. Münsters und seiner Anhänger kann die Freigabe der Lysistrata durch die Filmselfkontrolle für die Auf- führung in den deutschen Kinos. Liegt hier die Erklärung? Muss man annehmen, dass Intendanten und Fernsehdirektoren in Wahrheit keine eigene Meinung haben, dass sie erst blind dem Kortner-Gegner Dr. Münster nachlaufen, um sich nun, wiederum ohne eigenes Urteil, hinter dem breiten Rücken der Filmselfkontrolle zu verstecken?

Erst wenn diese Frage von den neuen Freunden der Lysistrata in den Fernsehhäusern befriedigend beantwortet worden ist, kann man ihren Entschluss, Kortners Stück doch noch zu senden, wirklich begrüßen.

\* \* \*

#### Einsamer Welfe Hellwege

#### Das Ende der Deutschen Partei ?

sp- Der einstige Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und seinerzeitige Ministerpräsident von Niedersachsen, Heinrich Hellwege ist vom politischen Unglück verfolgt. Nun hat der ehrenwerte Mann, dem auch seine Gegner ihre Achtung nicht versagen, den Vorsitz der von ihm gegründeten und ohne ihn wohl kaum mehr lebensfähigen Deutschen Partei niedergelegt. Zwar verbleibt er noch Mitglied, aber es ist kaum eine politische Konstellation denkbar, in der das von ihm vertretene "konservative Gedankengut" wirkungsvoll zum Tragen kommen könnte. Nach dem Zerfall der DP-Bundestagsfraktion gab es für die Restgruppe keine andere Wahl, als Anschluss an Parteien neben der CDU und SPD zu suchen; übrig blieben nur der BHE und die FDP. Diese jedoch zeigte kein besonderes Verlangen nach einer Fusionierung mit der DP, sie stellte Forderungen, die für die von Bundestagsabgeordneten Schneider (Bremen) geführte Gruppe unannehmbar waren. Schneider setzte ganz auf den BHE, was wiederum Herrn Hellwege vermittelte mit der Konsequenz des Rücktritts von seinem Parteivorsitz. Der ehemalige Ministerpräsident genießt in seinem Lande Ansehen, es reichte jedoch nicht aus, eine Stellung zu halten, die von vielen angegriffen wurde - am schärfsten von Herrn Schneider, der wohl glaubt, auf einer Welle nationalistischer Ressentiments am ehesten oben bleiben zu können. Hellwege erlag Intrigen, denen er nicht mehr Herr werden konnte.

\* \* \*



\*Gesetzlich gebilligte Sklaverei\* in Südafrika

Von Bruno Kuster, Genf

Die Internationale Juristen-Kommission, die bereits mit ihren Untersuchungen über die Zustände in Ungarn und Tibet die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf ihre sorgfältige, von keiner politischen Parteinahme beeinflusste Arbeitsweise gelenkt hat, tritt soeben mit einer neuen Studie hervor, die zur Stellungnahme herausfordert: "Südafrika und die Herrschaft des Rechts". Gestützt auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen kommt die Kommission zum Schluss, dass die Anwendung des in Südafrika praktizierten Grundsatzes der Apartheid - der Rassentrennung - moralisch verwerflich ist und eine Verletzung rechtstaatlicher Prinzipien darstellt.

In Südafrika bildet eine konsequent durchgeführte Rassentrennung die Grundlage für die Überwachung und Beschränkung der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit aller nicht zur weissen Rasse gehörenden Gruppen. Die Möglichkeit der freien Wahl und des Wechsels des Arbeitsplatzes sowie der Verbesserung der beruflichen Stellung ist praktisch nicht vorhanden; und für eine wirksame Vertretung der Millionen nicht-weissen Arbeiter durch Gewerkschaften bestehen weitgehende Beschränkungen. Mehr als zehn Millionen Menschen wird das Stimmrecht bei allgemeinen Wahlen oder Volksabstimmungen vorenthalten. Diesen Menschen ist es gleichfalls verwehrt, sich politisch Gehör zu verschaffen oder sich in entsprechenden Organisationen zusammenschliessen.

Kundgebungen des Widerstandes oder Protestes gegen die gegenwärtige Politik der Apartheid stellen strafbare Handlungen dar. Jeder nicht zur weissen Rasse gehörende Einwohner ist nach der geltenden Passgesetz-Ordnung gehalten, Ausweispapiere auf sich zu tragen und auf Verlangen vorzuweisen. Das führt zu zahlreichen Rechtsmissbräuchen, die willkürliche Verhaftungen und Internierung zur Folge haben und damit ein System schaffen, das als gesetzlich gebilligte Sklaverei bezeichnet werden kann.

Die nicht zur weissen Rasse gehörenden Einwohner Südafrikas sind von Gesetzes wegen auf den Status dauernder Ungleichheit herabgedrückt. Das bedeutet die Verneinung sozialer Rechte, der freien Wahl des Ehepartners und des religiösen Bekenntnisses sowie die Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Um die Durchführung der auf Trennung und Ungleichheit der Rassen ausgerichteten Politik zu vervollständigen und sicherzustellen, wurde ein sorgfältig überwachtes Erziehungssystem eingeführt, unter dem die nicht-weissen Einwohner nur jene Ausbildung erhalten, die sie auf eine untergeordnete soziale, wirtschaftliche und politische Stellung vorbereitet. Eine derartige Politik der Diskriminierung steht nicht nur im Gegensatz zu dem allgemein anerkannten Auffassungen über Gerechtigkeit und Menschenrechte, sondern bereitet den Boden für eine explosive Situation, die möglicherweise zu gefährlichen Ausbrüchen und zu noch ausgedehnteren Gewaltakten innerhalb Südafrikas führen kann, als bereits schon begangen wurde.

Die Juristen-Kommission warnt die Weltöffentlichkeit: "Die Kommission möchte damit jedermann, gleichgültig ob inner- oder ausserhalb Südafrikas, die rechtlichen und moralischen Folgen der gegenwärtigen Lage ins Bewusstsein rufen und auf die dringliche Notwendigkeit hinweisen, die gegenwärtige Politik im Sinne der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit unter den verschiedenen Rassen zu ändern." Ob diese Warnung gehört wird?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel